

REZENSION

Rezension: Economics. A Beginner's Guide

21. AUG 2017 | KAI VAN DE LOO

onom, der in einem Nebenamt Ingenieur- und BWL-Studenten der Anfangssemester Grundzüge der Volkswirtschaftslehre beibringen darf, suche und sichte ich auch zur eigenen Anregung und Orientierung immer wieder neue volkswirtschaftliche Einführungslehrbücher. Dabei ist mir vor einiger Zeit eine ganz neue Einführung in mein Fachgebiet als preiswertes, im Frühjahr 2016 neu erschienenenes Paperback (180 S.) in die Hände gefallen, nämlich „Economics. A Beginner's Guide“ von James Forder (aus der „Beginner's Guide“-Reihe des One World-Verlags, bisher nur in englischer Sprache verfügbar).

Eine Einführung in die Volkswirtschaftslehre für alle Bürger mit kritischem Geist

Um es vorweg zu nehmen: Nach der Lektüre war ich enttäuscht und begeistert zugleich. Warum enttäuscht? Weil der Titel irreführend ist bzw. der Anspruch des „Beginner's Guide“ nicht erfüllt wird. Anfängern kann ich das Buch, obwohl kompakt, preisgünstig und auf jegliche mathematische Formel verzichtend, keineswegs empfehlen, und dies nicht nur, weil es nur auf Englisch verfügbar ist. Zwar erfolgen abgesehen von ein paar Schaubildern alle Darlegungen rein verbal (bei einem Oxford-Professor natürlich in geschliffenem Oxford-English), weil der Autor nämlich mit Recht der Ansicht ist, dass man für das Verständnis der Grundlagen der ökonomischen Theorie entgegen den üblichen Lehrbuchtexten und Fachdiskursen keine höhere Mathematik braucht, sondern nur „Common Sense“ und logisches Denkvermögen. Die ökonomischen Modellwelten rund um Märkte, Monopole sowie Preis- und andere Mechanismen dürften ohnehin nicht wie naturwissenschaftliche Welterklärungen verstanden werden – zumal in einem sozialwissenschaftlichen Fach wie der Volkswirtschaftslehre –, sondern mehr als Metaphern, die wichtige und zum Teil zu weiterem Nachdenken inspirierende Einsichten („insights“) in Zusammenhänge liefern können, ähnlich wie das etwa gute Gedichte zu leisten vermögen. Die hohe Kunst bestehe vor allem in der richtigen Auslegung der ökonomischen Modellgesetze im Lichte ihrer jeweiligen Voraussetzungen und Anwendbarkeitsgrenzen. Hier kommt m. E. auch eine gewisse, bei Forder wohl nicht ganz zufällige Parallele zur Juristerei zum Ausdruck, bei der es ja auch darum geht, wie in konkreten Fällen gesetzliche Normen zu verstehen und auszulegen sind. Forder macht indes deutlich, dass die Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft dabei eben nicht darin besteht, diese Erkenntnisse sozusagen anwaltlich einseitig und parteilich auszulegen, wie das der heutige „mainstream“ oft zugunsten herrschender Interessen tut, sondern vielmehr richterlich abgewogen im Interesse der Gesamtgesellschaft und aller Bürger („science for the citizen“).

Diesen gewissermaßen interpretatorischen Ansatz präsentiert er allerdings trotz einiger farbiger „real-life examples“ doch ziemlich „sophisticated“. Gerade für Anfänger sind seine mitunter komplexen, stets auf kritische Reflexion ausgerichteten Ausführungen, noch dazu mitunter gewürzt mit einer Prise trockenen britischen Humors, teilweise schwer zu verstehen. Er macht daraus auch von Anfang an keinen Hehl: „So this is a beginner's guide to economics, but not to the study of economics – read a textbook for that – nor to the adoration of economics. It is in part - or I hope it is – more a beginners's guide to the appreciation of economics, and by that I mean the critical appreciation of economics.“

Trotz hohen Lobes von einigen britischen Fachkollegen („excellent“) scheint die Rezeption dieses Buches in und erst recht jenseits der britischen Grenzen bisher schwach zu sein. Auch die öffentlich bekannten Kommentare von Studentenseite waren eher kritisch, weil es schlicht nicht anfängertauglich ist. Sehr empfehlen kann ich dagegen „Economics. A Beginner's Guide“ allen Fortgeschrittenen, die sich für eine kritische Reflexion der Standardökonomik und ihrer Aussagekraft interessieren. Heraus kommt dabei unter anderem, dass Vieles von dem, was uns die vorherrschende neoliberale Wirtschaftsdeologie als wissenschaftliche Erkenntnis, sozusagen als „wissenschaftlichen Kapitalismus“ präsentiert, nicht mehr als ein Mythos ist und eine einseitige, selektive und keineswegs objektive Interpretation der seriösen ökonomischen Theorie vornimmt. Oder um es mit Forder wörtlich etwas deftiger auszudrücken: Vieles davon ist – wirtschaftswissenschaftlich betrachtet – nichts als Müll („rubbish“). Dazu gleich mehr.

James Forder, Jahrgang 1963, hat Wirtschafts- und Rechtswissenschaften studiert, ist heute Professor für Politische Ökonomie an der altherwürdigen University of Oxford bzw. Fellow von deren Balliol College und dort Mitherausgeber der Oxford Economic Papers, nebenher auch Leiter eines volkswirtschaftlichen Beratungsinstituts. In seinen Veröffentlichungen hat er sich schon recht früh und hellsichtig mit absehbaren Konstruktionsmängeln der Europäischen Währungsunion befasst und sich deshalb gegen einen Eurobeitritt des Vereinigten Königreichs ausgesprochen. Er betrachtet seither auch die in den Statuten der EZB und im EU-Vertrag verankerte, beispielsweise in Deutschland beinahe als Heiligtum betrachtete Zentralbankunabhängigkeit, mit großer Skepsis. Seine Publikationsliste zeigt zudem, dass er seine Themen mit großer Beharrlichkeit verfolgt und dabei in die Tiefe bohrt, anstatt den oberflächlichen medialen und manchmal auch wissenschaftlichen Modethemen zu folgen. In jüngerer Zeit hat er sich sehr intensiv und kritisch mit der schon seit gut fünfzig Jahren schwelenden so genannten „Phillips-Kurven-Debatte“ in der Makroökonomik auseinandergesetzt, in der es grob gesagt um die Frage und die Konsequenzen eines Zielkonfliktes zwischen Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität geht. Dabei hat Forder herausgearbeitet, dass Milton Friedman und seine monetaristisch-neoliberale Schule, die in dieser Debatte meist als „Gewinner“ dargestellt werden, nicht nur einige sachliche Fehler unterlaufen sind, sondern mit dem unterstellten Inflationismus der Gegenseite (überwiegend Keynesianer) auch geradezu einen Popanz fabriziert haben, der indes einem bestimmten politisch-strategischen Zweck diene. Ähnliche Fehlentwicklungen sieht er in den hier in Rede stehenden „Economics for Beginners“ beim Umgang des ökonomischen Mainstream mit anderen grundlegenden Fragen. Er wirft diesem außerdem eine durch mathematische Theoriebildung der Realität entrückte Form der Priesterschaft („priesthood“) vor, die in der großen Krise 2009 und ihrem Vorfeld schmäählich versagt habe und immer noch einen Expertenkonsens vorspielen würde, den es so nie gab und nicht gibt.

Auf die berühmte Frage der britischen Queen „Why did no one see it coming?“ gab es darum keine passable Antwort von der Zunft der Ökonomen. Auch wenn einige wenige Ökonomen weitsichtiger waren, war der vor der „Großen Rezession“ von 2009 herrschende „neue Konsens“ im volkswirtschaftlichen Mainstream mit der Annahme, man habe nun auch die makroökonomischen Zusammenhänge hinreichend verstanden und mit der darauf gestützten (neoliberalen) Wirtschaftspolitik die „Große Moderation“ mit anhaltenden nicht-inflatorischen Wirtschaftswachstum herbeigeführt, ein fataler Trugschluss. „No, it had not“, sagt Forder dazu lapidar auf der Abschlussseite seines Buchs und verlangt von seinen Fachkollegen mehr Bescheidenheit und Umsicht. Nur so könne die Volkswirtschaftslehre (Economics) davor bewahrt werden, noch weiter in Verruf zu geraten. Die zentrale Schlussfolgerung für Forder - in gewissem Sinne seine frohe Botschaft - ist dagegen, dass die Grundfragen des Fachs einer breiten öffentlichen Debatte zugänglich sind und nicht nur ein Gebiet für vermeintliche Experten, deren besondere Bildung oft bloß Einbildung ist, erst recht, wenn es um konkrete Schlussfolgerungen geht.

Neoliberale Mythen ohne stabiles wissenschaftliches Fundament

Professor Forder selbst fängt zunächst fachlich ganz konventionell an und definiert die Volkswirtschaftslehre als die Wissenschaft vom rationalen Verhalten („rational behaviour and its consequences“) mit dem berühmt-berüchtigten „homo oeconomicus“ als zentraler Denkfigur, die geleitet vom „ökonomischen Prinzip“ stetig maximiert (Gewinn, Nutzen etc.) oder minimiert (Verluste, Kosten etc.). Selbstverständlich, so Forder, verhielten sich nicht alle Menschen strikt rational und der homo oeconomicus sei kein Menschenbild, mit dem eine Norm stetiger Rationalität gesetzt werden soll, sondern ein Erklärungsansatz menschlichen Verhaltens. Dessen Charakteristikum sei es, davon auszugehen, dass wirtschaftliche Akteure Eigeninteressen verfolgen und für die von ihnen definierten Ziele in der Tendenz möglichst günstige Wege zu ihrer Erreichung anstreben. Ohne eine Vorstellung von Rationalität zu haben, sei es außerdem nicht möglich, Irrationalitäten zu identifizieren. Und es gehöre umgekehrt zu den besonders interessanten Aspekten des Faches, das (individuell) Rationale auch im scheinbar Irrationalen auszumachen und erklären zu können. Die in vielen Lehrbüchern übliche Definition von den Wahlhandlungen unter den Bedingungen der Knappheit der Ressourcen ist aus Forders Sicht zu eng, weil nicht nur die Knappheit, sondern auch der Überfluss das ökonomische Problem sein kann. Und so allgemeine Definitionen wie „The Logic of Life“ oder „The hidden side of everything“ (so einschlägige Titel populärer Bücher der jüngeren Zeit) wären einfach zu beliebig.

In seinen inhaltlich-fachlichen Erläuterungen räumt Forder dann fast beiläufig eine ganze Reihe von neoliberalen Mythen ab und zeigt, dass sich diese nicht auf volkswirtschaftliches Verständnis im Sinne der Standardökonomik berufen können, wie das von interessierter Seite gerne behauptet wird. Eine zentrale Stoßrichtung seiner Argumentation ist dabei, dass die Standardökonomik als Lehre von der wirtschaftlichen Rationalität und ihren

Folgen eben auch dazu berufen ist, das zu erkennen, was in der deutschen Fachwelt unter dem Begriff Rationalitätenfallen bekannt ist. Und davon gibt es etliche, wie Forder zeigt, hier nur eine Auswahl seiner Beispiele in „Economics for Beginners“:

Im Gegensatz zu den üblichen VWL-Einführungstexten beginnt Forder nicht mit einer Darstellung der Marktkräfte von Angebot und Nachfrage, die zu einem Gleichgewicht führen, sondern mit der Präsentation eines Marktversagens infolge asymmetrischer Informationsverteilung zwischen Angebot und Nachfrage, anschaulich verdeutlicht am Modell eines Gebrauchtwagenmarktes. (Hier folgt er einem berühmten Fachaufsatz des späteren US-Nobelpreisträgers Akerlof mit dem Titel „The Market for Lemons“, ähnlich dem deutschen Sprichwort vom „Handel mit Zitronen“, der ebenfalls das Beispiel des Gebrauchtwagenhandels beleuchtet hat und zu einem modernen Klassiker der Theorie vom Marktversagen geworden ist.) Erst später kommt die Erläuterung eines idealtypisch funktionierenden Markt-Preis-Mechanismus mit seiner markträumenden Gleichgewichtstendenz, zu dessen Voraussetzungen unter anderem hinreichende Markttransparenz und Informationssymmetrie gehören.

Forder präsentiert im Weiteren eine breite Palette von Erscheinungen des Marktversagens („huge range of market failures“), die zeigen soll, dass man sich auf „freie“ Märkte keineswegs uneingeschränkt verlassen kann: Dazu zählen individuelle oder kollektive „Monopole“ einschließlich so genannter natürlicher Monopole (auch wenn manche davon nicht allein auf die Marktkräfte selbst, sondern etwa auf politisch veranlasste Marktzugangsbarrieren zurückzuführen sind und Kartelle, die höchste und heute verbotene Form des Kollektivmonopols, selten längerfristig stabil bleiben). Ferner „negative externe Effekte“ (also Schäden zulasten Dritter wie produktionsbedingte Umweltverschmutzungen) und „öffentliche Güter“ (die wegen der sachlich-technischen oder politisch gewollten Nichtanwendbarkeit des Ausschlussprinzips und somit privater Finanzierung vom Markt nicht oder nicht hinreichend bereit gestellt werden wie öffentliche Infrastruktur) sowie die Fallfamilie des so genannten „moral hazard“ (Vorteilsnahme zulasten anderer, etwa bei Kontrolllücken, mehrfach führt Forder hier das Bankenverhalten vor und in der Finanzkrise 2009 an), des Weiteren Koordinationsmängelaufgrund von Inflexibilitäten der Produktionsfaktoren, Pfadabhängigkeiten (etwa bei IT-Netzwerken) oder anderen Bindungszwängen (commitments), und schließlich noch einmal die Folgen asymmetrischer Information, von Forder vertieft am Beispiel des Bildungsbereich in Form adverser (das heißt nicht sach- und leistungsgerechter) Auswahlentscheidungen. Dennoch bleibe es gerade im Licht dieser vielen Versagensmöglichkeiten erstaunlich, so konstatiert Forder ebenfalls, wie gut doch Märkte (mit angemessenen Ordnungsrahmen und bei adäquater Prävention oder Gegenmaßnahmen für Marktversagenstatbestände) als allgemeines ökonomisches Koordinationsprinzip tatsächlich funktionieren. Genau das könne man jedoch erst wirklich wertschätzen, wenn man auch die Grenzen des Marktprinzips und die Möglichkeiten des Marktversagens gut kenne.

Forder hebt drei spezielle, aber sehr gewichtige Märkte hervor, die zumindest phasenweise und in bestimmten Segmenten anders funktionierten, als es den „normale“ Annahmen über die Marktkräfte entspricht: den Arbeitsmarkt, den Markt für Finanzprodukte und den Markt für Luxusgüter. Den Arbeitsmarkt stelle ich zunächst zurück, weil er noch gesonderte Betrachtung erfährt, da Forder sich mehrfach und intensiv mit ihm befasst hat. Was er sowohl in Bezug auf den Markt für Finanzprodukte („financial assets“), das sind Anteilstitel („equities“), Schuldscheine („debts“) oder Versicherungen („insurance) als auch im Hinblick auf den Markt für Luxusgüter („prestige goods“) herausstellt ist, dass sie beide unter anderem durch inverses Nachfrageverhaltengekennzeichnet sein können, d. h. die Nachfrage nimmt zu, obwohl der Preis steigt. Bei den Finanzprodukten lässt sich das typischerweise mit „Herdenverhalten“, bei den Luxusgütern mit „demonstrativem Luxuskonsum“ aus Geltungsgründen erklären. Beides hat einzelwirtschaftlich gesehen durchaus eine gewisse Rationalität. Bei den Finanzprodukten, deren Eigenschaften dem Modellideal des vollkommenen Marktes am nächsten kommen und für die sogar die „Effizienzmarkthypothese“ (efficient markets hypothesis) entwickelt worden ist, wonach die Preise jederzeit alle verfügbaren Informationen über die Zukunft antizipieren, ist genau deshalb aber zu erwarten, dass sich die Märkte infolge geringster Veränderungen der Informationslage zufallsabhängig und volatil verhalten. Das erklärt auch, warum gerade in diesem Sektor Irreführung und Betrug sowie auch Insiderhandel als endemisch gelten und Krisen so häufig sind. Die Märkte für Luxusgüter zeigen dagegen, wie sehr die Märkte nicht einfach bloß gegebene Bedürfnisse der Konsumenten reflektieren, sondern neben konsumtiven Statusbekundungen Präferenzen bewusst geformt und neue Bedürfnisse der Konsumenten gezüchtet werden können. Bei echten und drastischen Knappheiten, zum Beispiel weil ein Kunstwerk wirklich nur einmalig vorkommt oder ein Medikament lebensnotwendig erscheint und das Angebot somit entgegen den normalen Marktgesetzmäßigkeiten „vollkommen unelastisch“ ist, wie die fachliche Terminologie lautet, wirkt der Markt-Preis-Mechanismus eben nicht wie sonst stabilisierend, sondern die Preise können für ein und dasselbe Gut je nach aktueller Veränderung der Nachfragetendenz explodieren oder verfallen. Beides zeigt laut Forder,

dass es nötig ist, die ökonomischen Gesetze von Angebot und Nachfrage und ihre Effekte niemals zu pauschal und zu unkritisch zu interpretieren.

Ähnliches gelte auch für den schon angesprochenen Arbeitsmarkt. Forder legt hierzu erst einmal recht ausführlich die mikroökonomischen Grundüberlegungen der herkömmlichen neoklassischen Theorie, der Grenzwertprodukttheorie der Arbeitsnachfrage dar („marginal product theory of wages“), die kurz gesagt nicht anderes beinhaltet, als dass Unternehmen solange Arbeitskräfte anstellen, wie sie sich davon einen zusätzlichen Gewinnbeitrag versprechen und Arbeitskräfte entlassen, wenn deren Beschäftigung zu Verlusten führt. Dass die allermeiste Produktion Teamproduktion ist und alle Arbeitsbeiträge im Prozess der Produktion miteinander verzahnt sind (siehe besonders plastisch etwa die Fließbandproduktion), schaffe zwar nicht unerhebliche Probleme bei der Zurechnung des Grenzwertprodukts der einzelnen Beschäftigten und natürlich auch bei der angemessenen Verteilung des Erfolgs, die durch interne Regelungen, Arbeitsverträge und Verhandlungen mit den Gewerkschaften zu lösen sind, doch ändere das normalerweise nichts an dem Kalkül der Unternehmen, wie sie den Umfang ihrer Beschäftigung bestimmen. Im Modell des Arbeitsmarkts wird nun diese Theorie der Arbeitsnachfrage der Unternehmen („demand for labour by the firms“, im üblichen deutschen Sprachgebrauch ist an dieser Stelle übrigens sinnigerweise statt von den Unternehmen als Arbeitsnachfragern stets von den „Arbeitgebern“ die Rede) mit dem Arbeitsangebot („supply für labour“) der Arbeitskräfte (die im Deutschen nicht etwa Arbeitsanbieter, sondern immer „Arbeitnehmer“ genannt werden) kombiniert, das um so größer ausfällt, je höher die Löhne sind. Daraus lässt sich ein bestimmtes Marktgleichgewicht ableiten, das Angebot und Nachfrage ausgleicht und so zu einem markträumenden Gleichgewichtspreis, dem marktgerechten Lohn, und einer zu gehörigen, marktbestimmten Beschäftigungsmenge führt, wie das im Normalfall bei anderen Märkten auch gilt. Wer dann keine Arbeit findet, hat scheinbar zu hohe Lohnvorstellungen und ist freiwillig arbeitslos („voluntary unemployment“). Staatliche Interventionen wie Mindestlohnvorschriften oder gewerkschaftlich erstrittene Tariflöhne über dem marktlichen Gleichgewichtsniveau stören dann die Marktkräfte bloß, verhindern (Arbeits-) Verträge mit wechselseitigen Vorteilen (weil es sowohl auf Seite der „Arbeitgeber“ als auch der „Arbeitnehmer“ die Bereitschaft geben würde, zu einem niedrigeren Lohn überein zukommen) und erzeugen lohnbedingte Arbeitslosigkeit. Deshalb erklären die Neoliberalen Arbeitslosigkeit meist mit zu hohen Löhnen oder Lohnansprüchen. Dieser Erklärungsansatz hat seine innere Logik, denn natürlich wirkten solche ökonomischen Tendenzen auch auf Arbeitsmärkten, so Forder. Doch das sei bei Weitem nicht die ganze Story, auch nicht gemäß der ökonomischen Standardtheorie. Bereits auf der mikroökonomischen Ebene gebe eine ganze Reihe von nicht nur psychologischen, sondern ganz stichhaltigen wirtschaftlichen Gründen, warum „Arbeitnehmer“ sich dagegen sperren, eine Arbeit zu aus ihrer Sicht (zu) niedrigen Löhnen oder zu schlechten Arbeitsbedingungen anzunehmen. Es sei absurd, dies als „freiwillige“ Arbeitslosigkeit zu klassifizieren.

Volkswirtschaftlich sei es auch weder möglich noch sinnvoll, dass alle arbeitslos werdende Menschen ungeachtet ihrer Lebensumstände, ihrer Qualifikation und ihrer Motivation sofort beliebige neue Jobs annehmen, denn dies würde zu beträchtlichen Fehlallokationen führen, die weder den Arbeitnehmer noch den neuen Arbeitgeber zufriedenstellen und es würde darüber hinaus auf Dauer die volkswirtschaftliche Produktivität verschlechtern, selbst wenn damit die Arbeitslosigkeit zunächst abgebaut würde. Des Weiteren spielen gerade am Arbeitsmarkt Fairness-Aspekte in den Einstellungen und Erwartungen der Arbeitskräfte eine große Rolle. Die Theorie müsse berücksichtigen, dass unfaire Arbeitsbedingungen die Arbeitsbereitschaft verringern, und zwar quantitativ wie qualitativ, und dass demzufolge auch ein Rückgang des Grenzwertprodukts der Arbeit eintreten würde. Zugleich sei es mit den auf Preise und Mengen fixierten wirtschaftstheoretischen Modellen nicht möglich, die für viele Arbeitskräfte und Arbeitssuchende oft harte und bisweilen „brutale“ soziale Realität der Arbeitsmärkte angemessen zu erfassen. Hinter dem harmonisch erscheinenden Bild vom Gleichgewicht mit dem Ausgleich der widerstreitenden Marktkräfte können gerade am Arbeitsmarkt scharfe soziale Konflikte stehen. Kein Theoretiker und auch kein Lehrbuch dürfe so naiv sein, das zu ignorieren, so Forder. Deswegen müssten Unternehmen beispielsweise bei Lohnsenkungen mit Widerstand und Demotivation rechnen, was ökonomisch genauso gut begründet sei wie das Unternehmensinteresse an niedrigeren Lohnkosten.

Umgekehrt gilt nach der gleichen ökonomischen Ratio der für den Hochlohnbereich des Arbeitsmarktes (unter anderem Führungskräfte), was Forder in seinem Buch ausdrücklich anspricht, dass deren Lohn- bzw. Gehaltseinkommen so hoch und die damit ermöglichte private Güterversorgung schon so gut sein können, dass das Arbeitsangebot (und damit zugleich immer auch die Bereitschaft, auf Freizeit zu verzichten) auch bei noch höheren Löhnen und sonstigen monetären „incentives“ (Prämien, Boni etc.) in der Tendenz nicht mehr zu-, sondern abnimmt; bildlich gesprochen biegt sich die Kurve des Arbeitsangebots im oberen Segment zurück, sie verläuft hier demnach ebenfalls „invers“, was eine weitere Anomalie des Marktergebnisses bedeutet. Dies legt die Schlussfolgerung nahe, und Forder zieht eben diese, dass Arbeitsangebot in dem betreffenden Bereich

ökonomisch zu normalisieren, und zwar durch eine progressive Einkommenbesteuerung. Das zeigt zugleich, dass die progressive Einkommensteuer demnach nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit ist, sondern auch der ökonomischen Vernunft. Forder zitiert in diesem Kontext die Aussagen einiger „Wohlhabender“ („Well-off people“), die sich beklagten, sie müssten so hart arbeiten, um genug Geld zu verdienen, damit sie ihre Steuern bezahlen könnten. Und wenn die Steuern für sie niedriger wären, würden sie auch nicht so viel arbeiten. Diese Leute sollte man beim Wort nehmen, schlägt Forder vor, und empfiehlt ganz im Einklang mit der ökonomischen Theorie, als „Arbeitsanreiz“ für diese Bevölkerungsgruppe die Einkommensteuersätze entsprechend anzuheben. Es gilt also das genaue Gegenteil von dem, was Neoliberale und die Vertreter der so genannten Angebotspolitik, die „Supply Sider“, steuerpolitisch immer wieder propagieren, aktuell ganz offen ja wieder in der US-Regierung von Präsident Trump, nämlich die Steuern für Besserverdienende als Leistungsstimulus zu senken.

Das Buch von Forder führt auch in die Grundzüge der Makroökonomik ein, also in die Lehre von den gesamtwirtschaftlichen Größen und Aggregaten. Es behandelt dabei die Themenblöcke Geld und Banken sowie Sozialprodukt, Wachstum und Beschäftigung/Arbeitslosigkeit. In diesem Kontext erläutert er, dass Arbeitslosigkeit auch und gerade durch Mangel an Nachfrage („insufficiency of demand“) entstehen kann. Denn letztlich ist der Arbeitsmarkt ein abgeleiteter Markt, das heißt der Bedarf an Arbeitskräften für die Produktion hängt von der Nachfrage nach den produzierten Gütern ab. Wenn die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen insgesamt zu gering ist oder sogar absolut zurückgeht, etwa in einer Konjunkturkrise, oder im Fall einer Wachstumsschwäche mit dem Fortschritt der Arbeitsproduktivität nicht mithält, verringert sich auch die Beschäftigung. Damit entsteht je nach „Überkapazität“ an Arbeitsangebot ein Mangel an Beschäftigung, also Arbeitslosigkeit. Um diese Arbeitslosigkeit in vertretbarer Zeit ursachengerecht abbauen und wieder Vollbeschäftigung ansteuern zu können, bedarf es einer wieder nachfragesteigernden Geld- und/oder Fiskalpolitik. (Oder aber das Arbeitsvolumen wird auf im Durchschnitt geringere Arbeitszeiten umverteilt, worauf Forder hier nicht eingeht.)

In diesem Kontext erläutert Forder Grundzüge der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und ihrer „fiskalischen Arithmetik“, woraus er eine fundamentale Einsicht ableitet: Niemals dürfe man in Zusammenhang mit Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Aggregate wie etwa der Konsumnachfrage der privaten Haushalte, der Staatsausgaben oder der Investitionsgüternachfrage der Unternehmen die „Annahme ansonsten gleicher Bedingungen“ machen („other things remaining equal“, in den deutschen Lehrbüchern bekannt in der lateinischen Version als *ceteris-paribus*-Klausel) und diese Aggregate modelltheoretisch mit individuellen „Agenten“ gleichsetzen wie man das in der ökonomischen Analyse für einzelne Haushalte, Unternehmen oder auch Märkte tun könne. Denn bei Veränderungen der Einkommens- oder Ausgabenströme auf Ebene der gesamtwirtschaftlichen Aggregate gibt es stets Rückwirkungen auf die anderen Aggregate. Wenn zum Beispiel in einer Volkswirtschaft von den Haushalten, vom Staat oder den Unternehmen insgesamt mehr gespart wird, die „Sparquote“ also steigt, wird entsprechend weniger konsumiert und damit auch weniger produziert und infolgedessen auch weniger investiert, es sei denn für den Export. Zusätzliche Auslandsnachfrage, die etwa durch günstigere Preise infolge inländischer Lohnzurückhaltung generiert wird, kann zwar teilweise die dadurch ebenfalls reduzierte Inlandsnachfrage ausgleichen. Dann verdrängt aber die exportierte inländische Produktion die entsprechende Produktion und damit auch Beschäftigung im belieferten Ausland. Ökonomen, Politiker oder Journalisten, die das nicht berücksichtigten, begehen und verbreiteten einen volkswirtschaftlichen Trugschluss, die „fallacy of composition“. (Wie der Wirtschaftsprofessor aus Oxford nach diesen grundsätzlichen Erwägungen die Auswirkungen anhaltender Exportüberschüsse wie derjenigen Deutschlands beurteilt, erklärt sich von selbst.)

Recht intensiv setzt sich Forder mit dem Geldwesen auseinander, das zu seinen persönlichen Forschungsschwerpunkten gehört. Den Fokus setzt er dabei auf die Erklärung, warum Zentralbanken wie die EZB (oder die Bank of England) entgegen den monetaristisch-neoliberalen Thesen nur begrenzt in der Lage sind, mittels Steuerung der Zentralbankgeldmenge, also des Teils der Geldschöpfung, der von den Zentralbanken selbst ausgeht, die Inflation zu kontrollieren. Zwar können die Zentralbanken mit ihren geldpolitischen Maßnahmen (Offenmarktpolitik, Leitzinsen, Mindestreserven etc.) die umlaufende Menge an Zentralbankgeld beeinflussen, aber der größere Teil der Geldmenge geht auf die Buch- bzw. Kreditgeldschöpfung der privaten Banken zurück. Diese sind nicht, wie immer noch in manchen vereinfachten Lehrbuchdarstellungen behauptet, bloßer Mittler zwischen Spar- und Investitionskapital, sondern sie können unter den jeweiligen institutionellen Rahmenbedingungen aus eigener Kraft Kredite vergeben und damit neues Geld schaffen. Oder auch trotz verstärkter expansiver geldpolitischer Impulse der Zentralbank (wie beim „quantitative easing“ der EZB oder der Fed, der US-Notenbank) bei der Kreditvergabe weiter zurückhaltend bleiben, etwa aus Rücksicht auf die eigene angespannte Bilanzsituation nach der Finanzkrise. An anderer Stelle erläutert Forder dann zusätzlich anhand einfacher ökonomischer Plausibilitäten, dass speziell das volkswirtschaftliche Investitionsvolumen bzw. die

Nachfrage der Unternehmen nach Investitionsgütern (Güter, die der Produktion anderer Güter dienen wie Werkzeuge und Maschinen) nicht in erster Linie vom verfügbaren Sparkapital abhängt, das für Investitionszwecke ausgeben werden kann, sondern nachfragegetrieben vom wirtschaftlichen Wachstum angeregt wird (und nötigenfalls aus Kreditgeldschöpfung der Banken finanziert wird). Das schließt nicht aus, dass dieses Wachstum teilweise auch angebotsorientiert durch Erfindungen und Innovationen (Markteinführung neuer Produkte, Verfahren oder Organisationsweisen) in Gang gesetzt und damit erst neue Nachfrage kreiert.

Schließlich verwundert es überhaupt nicht, wenn Forder mit der nach der großen Rezession verfolgten Austeritätspolitik („austerity programmes“) in UK und noch mehr im Euroraum, der Finanzpolitik der Sparkurse und des „Gürtel enger schnallen“, aus volkswirtschaftlicher Sicht hart ins Gericht geht. Soweit die Große Rezession, die in ihrem Ursprung eine Finanz- und Bankenkrise gewesen ist, in eine Staatschuldenkrise ausgeartet ist - das prominenteste Beispiel ist Griechenland - lasse sich von einem Fall des „moral hazard“ sprechen. Es sei Fakt, dass sich der griechische Staat habe sich aufgrund zu schwacher Kontrollen der Kreditgeber wie der Euro-Partnerländer überschuldet habe. Forder bezweifelt aber, dass solche Entwicklungen durch ein starres Regelwerk verhindert werden können, und schon gar nicht sei Austerität die richtige Antwort. Man dürfe auch nicht Ursache und Wirkung verwechseln. Griechenland ist erst infolge der Finanzkrise in den Staatsbankrott geraten, es hat aber die Finanzkrise nicht ausgelöst. Ein spezifischer Ausweg für Griechenland, wenngleich kein leichter, könnte der Austritt aus der Währungsunion und die Rückkehr zu einer nationalen Währung sein. Die Strafpolitik („punishment“), so nennt Forder ungeschminkt die Griechenland nun auferlegten Austeritätsprogrammatik, sei dagegen weder demokratisch zu rechtfertigen noch sachdienlich. Denn die dem griechischen Staat aufgezwungenen ökonomischen Restriktionen bestrafen tatsächlich das griechische Volk, aber kaum jemanden, der für das Desaster wirklich verantwortlich war. Weit hergeholt könnte man zwar eine Mitverantwortung des älteren Teils der griechischen Wählerschaft für die frühere Wahl einiger unverantwortlicher griechischer Politiker konstruieren, aber das wäre kein ökonomisch objektivierbarer Maßstab und realistischere fällt die Last der Austerität genau auf den Teil der griechischen Bevölkerung, der am allerweitesten von den politischen Entscheidungsprozessen entfernt war, was überhaupt keine angemessene Lösung für das moral hazard-Problem darstelle. Klar sei auch, dass die praktizierte Austeritätspolitik der zuvor mit Blick auf die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung beschriebenen fiskalischen Arithmetik widerspreche, wie Forder unterstreicht. Mit Sparprogrammen könne man kein Wirtschaftswachstum anstoßen, stattdessen ließen sich Haushaltsdefizite am besten aus dem Wachstum heraus verringern. Die Austeritätspolitik beherrschten jedoch das volkswirtschaftliche 1x1 nicht. Angesichts der längst nicht mehr zu bestreitenden Tatsache, dass die Geldpolitik allein die Krise im Euroraum nicht bewältigen kann, die Zinsen aber weiter extrem niedrig sind, sei es auch völlig unverständlich, so Forder, wenn sogar in solchen Ländern Haushaltsüberschüsse angestrebt werden, die gar kein echtes Verschuldungsproblem haben. (Man darf raten, wer gemeint ist ...)

Fazit: Die Volkswirtschaftslehre ist progressiver als ihr Ruf

Es lässt sich das Fazit ziehen, dass die Volkswirtschaftslehre progressiver ist als ihr Ruf, der leider durch ihre neoliberale Auslegung verzerrt worden ist. Das wird von Forder meines Erachtens überzeugend dargelegt. Allerdings überfordert er mit diesem Buch viele Nichtexperten, an die es ja dem Titel nach eigentlich gerichtet ist. Festzuhalten ist jedoch, dass wohl selten ein Einführungswerk mit gleich so viel kritischer Reflexion vorgelegt worden ist. Es ist eindrucksvoll und erfrischend zugleich, wie anhand zentraler Themen des Standardlehrstoffs die Stärken und Möglichkeiten, aber auch die Schwächen und Begrenzungen der modernen Volkswirtschaftslehre aufgezeigt werden. Gleichzeitig verdeutlicht Forder, dass eine sachgemäße Auslegung zentraler volkswirtschaftlicher Einsichten neoliberalen Mythen widerspricht. Wie gesagt, eher nichts für Anfänger, aber eine Menge „Pfeffer“ für Fortgeschrittene - und für alle Anhänger einer aufgeklärten Wirtschaftspolitik.

Bibliografische Angaben

James Forder: Economics. A beginner's guide. ISBN 978-1780746395. 208 Seiten, 10,49 Euro.

Kai van de Loo ist promovierter Ökonom, 53 Jahre, hauptberuflich bei einem Wirtschaftsverband tätig, privat Mitglied der IG BCE und nebenamtlich Lehrbeauftragter für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule Georg Agricola in Bochum.

URL: <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/rezension-economics-a-beginners-guide--2086.html>

PDF erstellt am: 30.11.2020